

Der Weg nach Brüssel ist keine Direttissima
Vortrag von Nationalrat Hans Widmer an einer Veranstaltung der jungen NEBS
am 30 August 2007

Geschätzte Anwesende

Kaum eine staatspolitische Frage der jüngeren Schweizer Geschichte hat in der schweizerischen Stimmbürgerschaft mehr zu reden gegeben als unser Verhältnis zu unserem Kontinent, zu Europa und seiner politischen sowie wirtschaftlichen Organisation, der Europäischen Union. Wohl hat sich das Schweizer Stimmvolk für den bilateralen Weg entschieden und hat die Aufnahme von raschen Beitrittsverhandlungen abgelehnt. An diesem Fakt kommt niemand vorbei. Aber der Weg soll bilateral erfolgen. Abstimmungen zum Schengener Abkommen, zur Personenfreizügigkeit und flankierenden Massnahmen dazu sowie für eine mit 3 Milliarden Franken grosszügige Zusammenarbeit mit den neuen EU-Staaten in Osteuropa waren erfolgreich.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die moderne Schweiz ist (auch) aus dem Willen der europäischen Völker entstanden, wie er am Wiener Kongress von 1815 für die nach-napoleonische politische Ordnung Europas zum Ausdruck gebracht worden war. Dort ging es darum, das Mächtegleichgewicht, das mit Napoleons Kriegen aus dem Ruder geraten war, wieder herzustellen. Man glaubt es kaum, die russische Geheimdiplomatie hat – im inoffiziellen Auftrag der vom Kongress damit betrauten britischen Geheimdiplomatie – den Vertretern der versammelten Staaten den Neutralitätsstatus der Schweiz unterbreitet. Kernpunkt war die von der Schweiz gewollte immerwährende Neutralität. Wichtige Voraussetzung für die Rettung des Kerngehaltes der alten Eidgenossenschaft in das nachnapoleonische Europa war eine klare Kenntnis der Interessenlage der Schweiz und die Gabe, diese Interessenlage den europäischen Mächten im beginnenden 19. Jahrhundert verständlich und annehmbar zu machen.

Heute möchten die in Brüssel versammelten europäischen Staaten, dass sich die Schweiz ihrer Union anschliesst. Diese Union ist wiederum der Versuch, das politische Gleichgewicht auf unserem Kontinent zu halten und damit den Frieden, der seit 1945 in weiten Teilen Europas und insbesondere unter den früher heftig verfeindeten Mittelmächten nun über 40 Jahre Bestand hat, auch für die Zukunft zu sichern und zu stärken. Die Schweiz muss sich also erneut fragen: wo liegen ihre Interessen und was muss sie tun, um diese Interessen zu unterstützen. Auch wenn ich mir wünsche, dass der Weg nach Europa manchmal etwas zügiger abgeschritten würde, scheinen mir die eingeschlagene Richtung und die Mittel zur Bewältigung der Strecke im grossen und ganzen kongruent mit unserer Interessenlage.

Werte Anwesende

Ich freue mich sehr, heute die europapolitische Position der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vertreten zu dürfen. Ich gehöre zu denen, die seinerzeit für den EWR und für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen eingetreten sind. Dieses EWR-Projekt wurde von der Schweizer Stimmbürgerschaft leider abgelehnt. Es wäre – wie seinerzeit die EFTA – eine Lösung gewesen, als neutraler Staat mit der direkten Demokratie, wie wir sie kennen, zu einer operablen Beziehung mit der EU zu kommen, ohne voll beitreten zu müssen. Da dieser Weg nicht eingeschlagen werden kann, gibt es entweder den raschen Vollbeitritt oder die langwierige Aushandlung von Zusammenarbeitsmöglichkeiten auf bilateralem Weg.

Die europäische Bewegung und vor allem deren Jugendorganisation sind ihrer Natur nach für einen raschen Beitritt der Schweiz. Ich rate aufgrund jahrzehntelanger politischer Erfahrung zu etwas Geduld. Es lohnt sich, noch mehr Zeit einzusetzen, um die Menschen im Land von den Vorteilen und Chancen eines Vollbeitritts zu überzeugen. Denn ein Scherbenhaufen nach einer verfehlten Beitrittsabstimmung würde den europapolitischen Fahrplan für Jahre zurückwerfen und unserer Glaubwürdigkeit in Europa kaum förderlich sein.

Mit anderen Worten: Es pressiert nicht. Aber wir müssen uns

bewusst sein, dass Brüssel mit Extrawürsten für die Schweiz nicht nur zurückhaltender geworden, sondern sie kaum mehr zu geben bereit ist. Das ist übrigens verständlich. Man kann schwerlich die neuen Mitgliedstaaten im Osten zu schmerzhaften Anpassungen zwingen und gleichzeitig einem Nichtmitglied Privilegien zugestehen, wie sie weder alte noch neue Mitglieder geniessen. Und man kann auch nicht die Staaten an den Aussengrenzen der EU zu strenger Wachsamkeit und Kontrolle anhalten und mitten drin eine Insel der Glückseligen tolerieren, die sich um alle Regeln foutieren dürfen. Die Schweiz ist keine Grossmacht. Sie konnte zwar nach dem Prinzip Hoffnung glauben, dass die Europäische Einigung ja doch nie zu Stande komme, aber verhindern konnte sie die Entwicklung nicht, die zur heutigen Struktur Europas geführt hat.

Ich bin nicht Jurist und will deshalb hier keinen juristischen Exkurs halten. Es ist ja in den letzten Wochen viel Tinte vergossen worden – angeblich zur Frage, ob die Schweiz das Völkerrecht anzuerkennen hat oder ob sie es nicht beachten muss. Der Diskussion lag wohl auch ein Missverständnis zu Grunde, an dem die kommenden Wahlen nicht unschuldig sein dürfen. Eigentlich ging die Diskussion ja darum, ob man Völkerrecht ungeprüft zu übernehmen hat bzw. ob bestimmte Fragestellungen oder Forderungen von vornherein mit dem Hinweis auf völkerrechtliche Normen vom Tisch gewischt werden sollen. Ich bin der Meinung, dass das

Völkerrecht der Schweiz nicht verbietet, an der Urne über Fragen abzustimmen, die nach Meinung von gewissen Experten bei Bejahung aus Gründen des Völkerrechts nicht in die Tat umgesetzt werden dürfen.

Unser Anliegen muss sein, dass wir uns im Einklang mit dem Völkerrecht befinden, dass es aber die von uns eingesetzten legitimierten politischen Instanzen sein müssen, die Recht sprechen. Auch unsere Neutralität ist völkerrechtlich zuerkannt und trotzdem hat die UNO seinerzeit nach dem Krieg die schweizerische Neutralität nicht anerkannt. Die Wege der internationalen Politik sind oft seltsam.

Nun aber konkret: welche Vorteile sieht die SP Schweiz in einem Beitritt zur Europäischen Union?

Die Schweiz hat in ihrer Aussenpolitik mindestens in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts immer den Willen gehabt, als wichtige Exportnation auch internationale Verhältnisse mit bestimmen und mit gestalten zu können. Wenn in Europa immer mehr zentrale Entwicklungen in Brüssel entschieden werden, dann muss die Schweiz – unter Wahrung der Neutralität und Souveränität – dort mitentscheiden können. Dies aus der Erkenntnis, dass immer mehr Entscheide, die in Brüssel getroffen werden, für die Schweiz von Belang sind. Ob wir das wollen oder nicht. Es ist besser, wenn wir dabei sind, als wenn wir nolens volens nachvollziehen müssen, ohne zumindest den Versuch unternommen zu haben, unsere Anliegen einzubringen.

Europa hat Sozialstandards gesetzt. Viele davon sind vorteilhafter als unsere schweizerischen Standards. Wir haben ein Interesse, dass eine Harmonisierung stattfinden kann. Dies umso mehr, als mit der Personenfreizügigkeit früher oder später nicht nur mehr EuropäerInnen und Europäer in der Schweiz, sondern auch mehr Schweizerinnen und Schweizer im europäischen Ausland einen Teil ihres Erwerbslebens verbringen werden. Auch im Sozialversicherungsnetz können Lücken – etwa bei den Familienzulagen und bei der Lohnausfallversicherung geschlossen werden.

Die Gleichstellungsgrundsätze in der EU können die Gleichstellungspolitik in der Schweiz auf Vordermann bringen. Einer der wichtigsten Vorteile für die Jugend, aber auch für die schweizerische Wirtschaft liegt in der Mitgestaltung und vollen Teilnahme an europäischen Bildungs- und Forschungsprogrammen. Wirtschaftspolitisch ins Gewicht fallen auch das bessere Wettbewerbsrecht und der stärkere KonsumentInnenchutz in der Union. Auch der Finanzplatz Schweiz dürfte an Ansehen gewinnen, wenn er sich den Regeln der EU unterzieht. Und schliesslich schafft die EU auch mehr Steuergerechtigkeit.

Wie aller Wandel birgt auch die EU-Mitgliedschaft eine Reihe von Risiken, die abzuwägen und den Vorteilen gegenüber zu stellen sind. So müssen wir davon ausgehen, dass künftig gewisse Volksentscheide nicht mehr sein werden als Aufträge an unsere Regierung, in Brüssel bestimmten Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Beitritt ist auch nicht kostenlos. Er wird einen Nettobeitrag in Milliardenhöhe kosten. Dabei sollten wir uns erinnern, dass wir auch als Nichtmitglied einen Kohäsionsbeitrag an die neuen EU-Mitglieder im Osten bezahlen. Zudem wird die Mehrwertsteuer praktisch verdoppelt werden müssen. Hier ist die SPS jedoch der Meinung, dass die durch den Anpassungsdruck sich ergebenden Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuererhöhung wieder an die Steuerzahler zurückgegeben werden müssen.

Und schliesslich wird in den Bereichen Post, Strommarkt und Telekommunikation von der EU ein Grad der Marktöffnung verlangt, der den Vorstellungen der SP Schweiz bei weitem widerspricht. Die jüngsten Fahrplankorrekturen bei der Postmarktöffnung zeigen aber, dass auch die EU Mühe hat mit ihren ursprünglichen Zielvorstellungen einer vollständigen Öffnung per 2009. Diese wurde jetzt auf 2011 verschoben. Die SP Schweiz wird sich dafür einsetzen, dass der Service public in der EU einem hohen Qualitätsstandard entsprechen und flächendeckend zu erschwinglichen Preisen geleistet werden muss.

Für die SPS ist klar, dass es Übergangsfristen braucht für die Anpassung der Mehrwertsteuergesetzgebung, die Umsetzung der EU-Agrarmarkordnung, die Ausgestaltung der Personenfreizügigkeit sowie für eine gestaffelte Beitragszahlung an die EU. Im Service public soll die Monopolgrenze von 100 Gramm für Briefe beibehalten werden, ebenso wie die letzte Meile in der Telekommunikation nicht entbündelt werden und die Strommarktöffnung nur oberhalb einer bestimmten Verbrauchslimite erfolgen soll. Sie ist zudem der Auffassung, dass wir den Euro vorläufig nicht übernehmen sollten wie England und Schweden sowie einige andere Länder.

Geschätzte Anwesende,

Dieser Katalog von Anliegen und Sicherheiten hat nur einige Stossrichtungen aufgezeigt. Mein Anliegen war es, Ihnen zu erläutern, dass wir für einen Vollbeitritt einstehen und auch überzeugt sind, in Abwägung der Vor- und Nachteile im Interesse des Landes, seiner Bürgerinnen und Bürger und der ganzen Schweizer Bevölkerung zu handeln. Fast ebenso wichtig ist es aber, den richtigen Zeitpunkt nicht zu verpassen.